

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 058/2018
Kiel, Donnerstag, 22. Februar 2018

Soziales/Altersarmut

Dennys Bornhöft: Angst vor Altersarmut ernst nehmen

In seiner Rede zu TOP 23 (Altersvorsorge verbessern – Altersarmut bekämpfen) erklärt der sozialpolitische der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Die Organisation und Finanzierung der Altersvorsorge ist eines der drängendsten sozialen Probleme in Deutschland. Man hat sich zu lange darum gedrückt, Reformen auf den Weg zu bringen, die die Altersarmut effektiv reduzieren. Altersarmut können wir nur nachhaltig senken, wenn wir besser vorbeugen. Aktuell beziehen 5% aller Rentner eine Grundsicherung, Tendenz steigend. Die Verunsicherung unter jungen Leuten ist groß. Rund die Hälfte der Bevölkerung fürchtet sich davor, im Alter arm zu sein. Wir dürfen diese Trends nicht ignorieren.

Das Problem, vor dem wir stehen, ist vielschichtig und komplex. Die Wurzeln des Problems der Altersarmut reichen bis ins Kindesalter hinein. Kinder, die in ungünstigen sozialen Verhältnissen aufwachsen, haben es schwerer einen Schul- oder auch Berufsabschluss zu erreichen. Keinen Schulabschluss zu haben ist aber der größte Faktor, der Altersarmut begünstigt. Bildung ermöglicht den Erwerb von Vermögen und höheren Ansprüchen.

Wir dürfen Altersarmut nicht nur als das Problem betrachten, das die Menschen haben, die derzeit Grundsicherung oder eine zu kleine Rente beziehen! Wir lösen das Problem leider nicht, indem wir einfach die Renten erhöhen, oder den Kreis der Bezugsberechtigten erweitern. Die Große Koalition in Berlin wird mit diesen Maßnahmen die Altersvorsorge von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern nicht verbessern können, weil diese Politik nicht dauerhaft gegenfinanziert ist. Die gesetzliche Rentenversicherung muss jetzt schon aus den allgemeinen Steuereinnahmen mit beinahe 100 Milliarden Euro und somit zu knapp einem Drittel querfinanziert werden.

Ich werde nicht müde zu betonen: Wer sich hinstellt und sagt, die gesetzliche Rentenversicherung allein werde für ein gesichertes Einkommen im Alter sorgen, belügt die jungen Generationen. Er belügt die Menschen meines Alters und er belügt die, die noch jünger sind.

Wir brauchen einen Dreiklang in der Altersvorsorge. Bestehend zum einen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die auch ein wichtiges Instrument ist und bleiben soll. Daneben stehen aber auch die Betriebsrente und die private Altersvorsorge. Die eigene Altersvorsorge ist eine Investition. Bei Investitionen ist es in der Regel vorteilhaft, sich breiter aufzustellen und nicht alles auf nur eine einzige Karte zu setzen.

Daher ist es eine sozialpolitische Ohrfeige für alle Sparer, dass die aus dem Netto-Einkommen bestrittenen Anstrengungen unter Umständen nicht zur sozialen Absicherung zur Verfügung stehen. Es darf nicht sein, dass jemand privat vorsorgt und am Ende nicht mehr hat als jemand, der keine Absicherung getroffen hat. Wer selbst mehr für seine Altersabsicherung macht, muss auch immer mehr haben als jemand, der keine weitere Vorsorge getroffen hat. Mit unserem Antrag möchten wir die bisherige Praxis der Verrechnung von Eigenleistungen für die Altersvorsorge mit der Grundsicherung aufbrechen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der schon länger an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigeht, ist die starre Altersgrenze und ist erst recht eine pauschale Erhöhung der fixen Regelaltersgrenze. Warum sollte man eine Bürokauffrau nach Hause schicken, wenn sie gerne bis beispielsweise 70 weiterarbeiten möchte. Warum sollte man auf der anderen Seite dem Tiefbauer Steine in den Weg legen, früher den Rentenbezug zu beginnen. Politik sollte sich hier mehr auf den einzelnen Menschen und somit dem jeweiligen individuell erworbenen Rentenanspruch fokussieren, anstatt einfach eine fixe Altersgrenze wie ein Mantra vor sich herzutragen.

Es ist schwierig, über persönliche Versorgungslücken zu sprechen und sich darüber Gedanken zu machen, wenn man kaum konkrete Zahlen hat. Daher fordern wir das digitale Versorgungskonto, damit jeder übersichtlich und verständlich sehen kann, wie derzeitige Rentenansprüche sich ausgestalten. Wir möchten mit diesem Antrag ein Signal nach Berlin geben, dass es vorbei sein muss, mit dem Augenverschließen.“